



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 34831 - 33  
Fernschreiber 0896890

2/KIII/69 - 24. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite :</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Es geht um das Schicksal unseres Volkes Klärung bis zum Letzten notwendig	42
2	Kampf dem Atomtod Niemand soll sagen können: "Ich habe es nicht gewusst!"	44
3	Unergründliche Wege der französischen Politik Durch "Vertrauen" zur Krise	53
4 - 5	Italien geht Neuwahlen entgegen Christdemokraten auf der Suche nach Koalitionspartnern	68
6 - 7	David Wischnitzky gegen Goliath Genjaturien Erster Prozess in Sachen "Vertrecker Stalins"	66

\* \* \* \* \*

### Es geht um das Schicksal unseres Volkes

sp- Verschiedentlich wurde in den Wochenend- und Wochenanfanges-Kommentaren von Presse und Rundfunk zur außenpolitischen Debatte die Frage aufgeworfen, ob es notwendig sei, die gegensätzlichen Standpunkte von Regierung und Opposition mit einer solchen Schärfe zu formulieren. Besorgte Kommentatoren sprachen von der "Würde des Parlaments" und meinten, es sei doch wohl nun "genug des grauenhaften Spiels".

Die gleichen Kommentatoren geben aber zu, dass unser Volk wohl noch nie so aufmerksam und gespannt den Verlauf der Bundestagsdebatte am Rundfunk verfolgt habe, wie diesmal. Sie sprechen von heftigen Diskussionen, die sich überall über das Volk hinweg fortgesetzt hätten und beklagen sogar, dass in diesen Tagen die Politik den Sport bei den Gesprächen dominiert habe.

Warum nimmt man sich jetzt eigentlich wie eine Gouvernante, die Angst davor hat, dass ihre Zöglinge infragen, selbständig zu denken? Bisher hieß es immer, unser Volk sei an den großen politischen Ereignissen und Entscheidungen uninteressiert. Jetzt, da die erregende Bundestagsdebatte deutlich zeigt, wohin die Regierung mit unserer dieses Volk führen will, jetzt, da endlich einmal zu uns gesprochen wird, warum es in letzter Zeit - genau in diesem Augenblick wird lamentiert.

Die Parlamente der grossen Demokratien haben in den entscheidenden Stunden der Nation immer auftragende und jeden Bürger aufzuklärende Debatten geführt. Das Volk, um dessen Schicksal es bei diesen Debatten ging, hat die Diskussionen mit Aufmerksamkeit verfolgt und Argumente wie Gegenargumente in persönlichen Gesprächen weitergetragen. Weder in England noch in Frankreich, den klassischen Demokratien Europas, wird gejammert, wenn bei harten Auseinandersetzungen auch gelegentlich ein hartes Wort fällt. Ein Parlament ist nun einmal kein Universitätskolloquium, und die Parlamentarier haben die Aufgabe, eine Sprache zu sprechen, die jeder Bürger versteht, auch wenn er nicht in die letzten Scholastik der Politik eingeweiht ist.

Es war Bundeskanzler Dr. Adenauer, der diese Debatte mit diesem Thema zu diesem Zeitpunkt gewünscht hat. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wäre schlecht beraten gewesen, wenn sie es dem Kanzler und der CDU gestattet hätte, auch diesmal wieder den Eisdickschleier der Unverständlichkeit und Unklarheit über den Weg der deutschen Politik auszubreiten. Schließlich geht es ja nicht um irgendein Gesetz, das vielleicht später einmal wieder revidiert werden kann. Es geht um die Schicksalsfrage, ob das deutsche Volk in den Strudel des Weltkriege mit Atomwaffen hineingezogen werden soll oder nicht.

Das ist eine so furchtbare Alternative, und die Konsequenzen einer falschen Entscheidung wären für unser Volk so entsetzlich, dass kein Wort klar und hart genug sein kann, um es zum Ausdruck zu bringen.

+ + +

### Kampf dem Atomtod

sp- Die große, von dem Arbeitsausschuss "Kampf dem Atomtod" in der Frankfurter Kongresshalle am Sonntag-Vormittag durchgeführte Kundgebung war der Aufschrei des Gewissens gegen die Vergewaltigung durch eine falsche Politik, und die Mahnung an alle, überall und zu jeder Zeit mitzuhelfen, dem Wettlauf des Atomrüstens Einhalt zu gebieten.

In dieser Kundgebung dominierte das geistig-moralische Argument über die notgedrungenen tagesspolitisch bedingte Betrachtungsweise. Der Wissenschaftler, der freie Schriftsteller und der Theologe - sie alle suchten nach der letzten Gewissensentscheidung, vor der niemand von uns ausweichen kann und darf. Die Frau sprach zu der Frau, die vor allen als Hüterin und Trägerin des Lebens gehört werden muss, der Gewerkschaftler von der Verpflichtung aller, das Gewissen der Welt gegen den Atomtod zu mobilisieren. Es sprach der Politiker, der den praktischen Weg von Verhandlungen zur Einleitung einer Entspannungspolitik zeigte und der im Namen aller das Bekannte ablegte: "Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht!"

Dieser Frankfurter Kundgebung werden andere Manifestationen folgen. Der Arbeitsausschuss "Kampf dem Atomtod", dem namhafte Theologen, Wissenschaftler, Schriftsteller, Gewerkschafter und Politiker der verschiedensten Richtungen angehören, wird in den nächsten Wochen nicht ruhen, bis jeder Deutsche weiss, welche Aufgabe er in diesem Zustand gegen die Massenvernichtungswaffe hat.

Gewiss, auch diesmal wieder werden sich Stimmen erheben, die von "einseitiger Parteilichkeit" reden.

Bei dem Kampf gegen den Atomtod geht es aber nicht darum, ob die eine oder die andere "Partei" recht oder unrecht hat. Mit Parteiprogrammen im üblichen Sinne des Wortes sind die moralischen, ethischen und rein politischen Überlegungen in diesem Falle nicht mehr zu klären. Hier stehen auf der einen Seite Frauen und Männer, die über alle parteipolitischen, religiösen und weltanschaulichen Schranken hinweg ihr Volk davor bewahren wollen, zu Handlangern des Massenmordes zu werden. Auf der anderen Seite stehen jene, die mit der althergebrachten Methode des Wettlaufens "Politik" machen wollen, und dabei nicht sehen, dass die Aufrüstung mit Atomwaffen mit der selbstverständlich gegebenen Möglichkeit ihrer Anwendung nichts mit Sicherheit zu tun hat, sondern das Verderben für alle bringt.

Die Initiatoren der Bewegung "Kampf gegen den Atomtod" werden in Kürze - zunächst jeder in seinem Wirkungskreis - prüfen, welche weiteren Schritte zu unternehmen sind. Nicht zuletzt werden ihre Überlegungen und praktischen Vorschläge davon abhängen, wie die Menschen in der Bundesrepublik den an sie gerichteten Ruf aufnehmen und weitertragen.

Jetzt steht jeder vor der Stange seiner Gewissensprüfung. Niemand soll sagen können: "Ich habe es nicht gewusst!"

### Unergründliche Wege der französischen Politik

E - Paris

Die Wege der französischen Politik sind unergründlich. Je mehr Vertrauen der Regierung gewährt wird, umso näher ist ihr Sturz. Der jetzige Ministerpräsident Felix Gaillard, der vor wenigen Monaten als Vertreter der jungen Generation und unverbrauchter Politiker gelobt und mit dem höchsten Regierungsamt betraut wurde, muß die gleichen Feststellungen machen, wie all seine Amtsvorgänger, denen eine zu nichts entschlossene Nationalversammlung unter jeweiligem Alldruck Vertrauen und Unterstützung gewährte, um sie umso sicherer wenige Wochen später zu stürzen.

Als Gaillard in der Debatte über die Verfassungsreform zur Stellung der Vertrauensfrage gezwungen war, stellte er sie wider Willen, weil durch einen überraschenden sozialrepublikanischen (gaulistischen) Antrag das Reformwerk zur Stärkung der Regierungsautorität und zur Sicherung der politischen Stabilität in Frankreich wichtig gemacht worden wäre. Aber schon die Debatte, die Dienstag der Vertrauensabstimmung vorausging, zeigte deutlich, daß die Abgeordneten sich weit weniger für das Objekt der Vertrauensfrage - die Verfassungsreform -, als für die allgemeinen Aspekte der Regierungspolitik interessierten und das Vertrauen auch in erster Linie nur im Hinblick auf die politischen Gegebenheiten der Stunde und die möglichen Konsequenzen der großen Polizeidemonstration vor der Nationalversammlung gewährt wurde. Achtundvierzig Stunden später war von dem gewährten Vertrauen bereits nichts mehr zu verspüren. Das Mißtrauen ist allgemein geworden und offen spricht man wiederum von der Möglichkeit einer Krise, die alle Koalitionsparteien auf Grund der Entscheidungen ihrer Landestagungen am Wochenende für höchst unerwünscht und katastrophal für das Land hielten.

Der plötzlich bei den Konservativen (Unabhängigen) erwachte Wille zum Sturz der Regierung Gaillard hat verschiedene Gründe. In erster Linie fürchten sie, die Regierung Gaillard könnte in den Verhandlungen mit den Mittelern für Beilegung des Tunesien-Konflikts Murphy und Beeley Konzessionen machen und beispielsweise auf die Sicherung der französischen Flugplätze in Tunesien Verzicht leisten und sich mit vagen Formeln für die Erhaltung des französischen Flottenstützpunktes in Biserte/Tunesien abfinden. Die daraus für Nordafrika - und in besonderen in Algerien entstehende Situation betrachten die Unabhängigen und mit ihnen all jene Kreise, die sich für die integrale Erhaltung Algeriens in französischer Staatsverband einsetzen (Bidauld-Soustelle-André Morice und Roger Duchet) als höchst gefährlich, sodaß sie den Sturz der Regierung Gaillard der Fortsetzung der Mittler-Aktion Murphy-Beeley vorziehen. Was dann folgen würde, dürften sie heute selbst noch nicht wissen, aber offensichtlich kommt es ihnen darauf an, durch Auslösung einer Krise zunächst Zeit zu gewinnen. Sie erwarten von einer Krise in jetzigem Augenblick auch eine weitere Verschiebung des politischen Schwergewichts nach recht, eine Auffassung, die von vorsichtigen Beobachtern der politischen Situation in Frankreich nicht geteilt wird und selbst in ihren Reihen auf Widerspruch stößt, weil unter den jetzigen parlamentarischen Verhältnissen eine neue Regierung nur dann auf die Investitur rechnen kann, wenn sie entweder sozialistische Beteiligung oder aber Unterstützung der Sozialisten genießt. Bei einem Sturz Gaillards über das Nordafrika-Problem wäre eine Beteiligung der Sozialisten an einem neuen Kabinett sicherlich unmöglich und ihre parlamentarische Unterstützung wenig wahrscheinlich.

+ + +

Italien geht Neuwahlen entgegen

F.R. - Rom

Staatspräsident Gronchi hat mit einem Dekret die beiden Häuser des italienischen Parlaments, Deputiertenkammer und Senat, mit sofortiger Wirkung aufgelöst, und die Regierung hat daraufhin Neuwahlen für den 25. Mai ausgeschrieben.

Die Auflösung der Deputiertenkammer bildet keinerlei Überraschung, wenn diese im Jahre 1953 zuletzt gewählte Körperschaft ist am Ende ihrer verfassungsmässigen fünfjährigen Legislaturperiode angelangt. Anders steht es mit dem Senat, für den die Verfassung eine sechsjährige Amtszeit vorsieht. Da auch der Senat zuletzt im Jahre 1953 gewählt wurde, fielen sein natürliches Ende erst in das Jahr 1959. Tatsächlich hat es die Frage, ob beide Häuser gleichzeitig aufgelöst werden sollten, wie dies im Jahre 1953 geschah, in den letzten Wochen und Monaten ein heftiges Auseinandergehen zwischen den Parteien gegeben, und es war bis zuletzt ungewiss, ob Staatspräsident Gronchi von seiner verfassungsmässigen Befugnis zur gleichzeitigen Auflösung beider Kammern Gebrauch machen werde oder nicht.

Wenn Gronchi sich in Sinne der Auflösung auch des Senats entschieden hat, so dürfte für diesen Beschluss in erster Linie die Erwägung massgebend gewesen sein, dass Italien dringend eine längere Periode innerpolitischer Ruhe braucht, während Senatswahlen im Jahre 1959 eine neuerliche Zeit der Agitation und der Steckung jeglicher gesetzgeberischer Arbeit bedingt hätten. Ausserdem aber hat es in letzter Zeit scharfe Meinungsgegensätze zwischen den beiden Häusern gegeben, da die Deputiertenkammer gegen das Gesetz, mit dem der Senat sich selbst reformieren wollte, in sehr scharfer Position steht und dieses Gesetz als völlig unzulänglich an den Senat zurückwies.

Man hat es also entschieden, dass das italienische Volk am 25. Mai das gesamte Parlament erneuern wird; hingegen ist es noch heute recht schwierig, mit einiger Bestimmtheit vorauszusagen, in welchem Ausmass sich das neu gewählte Parlament von dem schon aufgelösten unterscheiden wird und ob es mit der neuen Volkvertretung leichter sein wird, zur Bildung einer solchen Regierungsmehrheit zu gelangen.

Die Democrazia Cristiana hatte bei den Wahlen des Jahres 1953 beinahe die absolute Mehrheit eingeholt, die ihr bis dahin ein ver-

„Altnismässig“ einfaches Regieren ermöglicht hatte. Erhabliche Erfolge bei stlichen seither erfolgter Neuwahlen, besonders aber bei den Wahlen für die Gemeinderäte, liessen die christlich-demokratische Parteileitung eine zeitlang hoffen, es werde bei den kommenden Parlamentswahlen gelingen, diese absolute Mehrheit zurückzuerobern. Diese euphorische Stimmung hat aber seither nüchternen Erwägungen Platz gemacht, und der Parteisekretär Fanfani hat mehrfach vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt.

Die Affäre des Bischofs von Brato dürfte weiter dazu beigetragen haben, die Wchlaussichten der Democrazia Cristiana zu verschlechtern, wenn die absurd heftige Reaktion ultraklerikaler Kreise auf das Urteil, mit dem der Bischof zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt wurde, hat in der italienischen Bevölkerung das unliebsame Aufsehen erregt und hat den latenten Antiklerikalismus breiter Schichten zu neuer Glut entzündet.

Amintore Fanfani, vor dem allgemein angenommen wird, dass er als Ministerpräsident an die Spitze der ersten Regierung nach den Wahlen treten dürfte, hat doch wohl auch schon seit einer Weile die Tür zu einer erneuten Koalition mit anderen Parteien der demokratischen Mitte offenhalten gesucht.

Insbesondere kommen die Sozialdemokraten für eine solche Koalitionsvorgierung Fanfanis als Partner infrage, während die immer stärker nach rechts einschwenkenden Liberalen wohl kaum, wie dies unter De Gasperi und seinen Nachfolgern vielfach der Fall gewesen ist, einer solchen Koalition angehören dürften.

Was schliesslich die Linkssozialisten Menzies angeht, so wird das Wahlergebnis voraussichtlich eine gewisse Klärung darüber erbringen, ob die von Menzies unternommene vorsichtige Ablösung von der kommunistischen Vormundschaft von den sozialistischen Massen gebilligt oder abgelehnt wird. Hiervon wieder dürfte es abhängen, ob Menzies auf dem von ihm eingeschlagenen Weg zur völligen sozialistischen Autonomie und damit zur Eingliederung der Sozialisten in ein demokratisches System weiter vorkünftig schreiten können, oder ob der "Apparat", der sich gegen diese Pläne Menzies erbittert wehrt, zuletzt doch den Sieg über den Parteiführer davontragen wird.

David Wischlitzky gegen Goliath Sowjetunion

D.M.- Gibt es eine Offenbarung, so nimmt sie jedesmal Gestalt an, wenn der Mensch im Kampf um seine Würde über sich selbst hinaus wächst. Die Skeptiker werden seltener lächeln und die Zyniker werden können; was beugt der einzelne Mensch, was besagt seine Würde in unserer erdrückenden Zeit, da die Existenz der ganzen Menschheit infrage gestellt ist, da als Faktoren nur noch gigantische Kräfte mitzählen, die gegeneinander rüsten und aufmarschieren. Doch näher beschaun, ist diese Verallgemeinerung nicht von heute. Das Argument galt immer, wenn man den Menschen zur Resignation bringen wollte, wenn man ihm die gegebenen Kräfteverhältnisse und die Ausichtslosigkeit seines Kampfes vor Augen führte.

Es soll damit nicht ungezweifelt werden, dass in der Gesellschaft von heute die Riesenkräfte wachsen, die den Menschen immer stärker beherrschen. Unser bewunderungswürdiger Ier der Mensch, wenn er sich dennoch zu seiner wahren Grösse erhebt und in der Verteidigung seiner Würde als Einzelner, als kleines Häuflein, als kleines Volk, den Riesenkräften entgegentritt. Welch ein Unterfangen war es gestern, dass Illegale in Deutschland und dann in anderen Ländern in kleinen Scharen des Widerstandes sich zusammenfanden, welche ein Holdentum, dass die Kämpfer des erschauert Ghettos im offenen Kampf sich der gewaltigen Bedrohung der Nazis entgegenstellten. Die stolische Haltung des Londoner Volkes im zweiten Weltkrieg erwies sich als eine überlegene Widerstandskraft gegen die zerstörende Wirkung der niederstehenden Bomben und Ferngeschosse.

Der Mensch ist unerschrocken, wenn er für eine wahre Idee, für eine grosse Sache eintritt. David Rousset hat nach dem zweiten Weltkrieg zuerst als Einzelner, den Kampf gegen die Geheim-Welt der Konzentrationslager aufgenommen, Viktor Krawschenko führte grosse Prozesse, um die Wahrheit seiner Aussagen über das sowjetrussische Grauen unter Stalin nachzuweisen. Das kleine Israel, umringt von feindlichen arabischen Staaten, in der Position eines bevorzugten Adressaten für Bulgarische Drohbotschaften, hat als erster Staat eine Gerichtsklage gegen die russische Regierung in Moskau selbst wegen Vertragsbruchs erhoben. Jetzt meldet der New Yorker "Vorwärts", dass ein Mann, der nach sechzehn Jahren aus dem sibirischen Konzentrationslager zurückgekehrt ist, beim Haager Internationalen Gerichtshof ein Wiedergutmachungs-Verfahren gegen die sowjetrussische Regierung einleiten wird. David heisst dieser Mann, der aus dem Heer der

Millionen geopferter Menschen als erster aufgestanden ist, um nicht nur den Bolschewismus anzuklagen, sondern um sein Recht zu fordern.

David Wischlitzky gehörte zu den sechshundert polnischen kommunistischen Parteiführern, die seinerzeit in Moskau unter verschiedenen Vorwänden versammelt, und eines Tages auf ihren Hotelzimmern und hohen Stellungen heraus verhaftet und zu "Spionen" erklärt wurden. Demals wurde die polnische kommunistische Partei von Stalin aufgelöst und ausdrücklich durch einen Komintern-Beschluss als das ausgeübene "grosse Nest der polnischen Spionage" bezeichnet. Von diesen sechshundert Gefangenen sind bis auf acht Menschen alle in den sibirischen Lagern verstorben. Nach Stalins Tod wurden die am Leben gebliebenen acht entlassen, nach Moskau befördert und - rehabilitiert. David Wischlitzky hätte nun zufrieden sein können: Ist ihm nun doch bestätigt worden, dass seine lange Gefangenschaft nur ein bedauerlicher Irrtum war, einer der objektiven Auswirkungen und Fehler, die sich aus dem "Personenkult" ergeben. Nun, Stalin ist tot, der Personenkult liquidiert und David Wischlitzky rehabilitiert.

Aber der ehemalige polnisch-jüdische Parteifunktionär entschied für sich anders: Wollte er den Rest seines Lebens wirklich rehabilitieren, dann musste er zuerst aus Moskau nach Polen zurück, um von dort aus dann ganz dem sowjetrussischen Zwangssystem zu entkommen. In Israel angelangt, sieht er nun seinen Lebenszweck darin, die russische Regierung für die ihm gestohlenen sechzehn Jahre Haftzeit zu machen. David Wischlitzky beginnt so als erster der Überlebenden Opfer den grossen Kampf um das prinzipielle Recht - auf Wiedergutmachung in Sachen der Stalinschen Verbrecher.

Seit Cervantes' Heldenlied auf den Kampf seines Helden gegen Unbill und Unrecht der Umwelt, nennen die Spanier, halb-bewundernd und halb-bekauernd, jeden Idealisten einen Don Quijote. In der deutschen Vorstellungswelt ist der unbedingbare Kampf des Schwachen, um Recht und Wahrheit, mit dem Begriff eines Michael Kohlhaas verknüpft. Es trifft sich, dass der jüdische Idealist und Rechtstreiter, wie sein Urbild, David Wisst.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel